Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

1819 Scarth-Str., Zimmer 104

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER"
is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - - - - Telephone 677.

1819 Scarth Str. Room 104

5. Jahrgang | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 28. Februar, 1912. | No. 18.

Vom Provinzial-Parlament

Die letzten beiden Wochen haben in den Verhandlungen der Gesetzgebenden Versammlung unserer Provinz zwar wenig Gelegenheit zu Aufsehen erregenden Debatten gegeben, doch haben sie eine große Menge parlamentarischer Arbeit zu Tage gefördert, welche von ganz erheblicher Bedeutung für die Provinz, und namentlich für die Farmer-Bevölkerung sind. Durch solche Gesetze und Resolutionen wie sie letzthin von der Scott Regierung dem Hause vorgelegt und zur Annahme gebracht worden, zeigt sich in unwiderleglicher Klarheit, daß unsere liberale Provinzial-Regierung auf dem vorgesteckten Pfade unentwegt vorwärts zu schreiten entschlossen ist, und daß dieselbe, gestützt auf das Vertrauen der Wählerschaft, sich durch alle die kleinlichen und lügenhaften Angriffe und Unterschiebungen der konservativen Presse nicht von ihrem Ziele abbringen läßt, dem Ziele, unsere junge Provinz durch praktische, geschäftsmäßige Gesetzesvorschriften auf einer gesunden Basis zur steten Weiterentwicklung zu verhelfen.

Daß bei den Verhandlungen über derartige praktische Vorlagen wenig Gelegenheit sich bietet, das Rednertalent auf beiden Seiten des Hauses in besonders glänzender Weise zu entfalten, und daß dem Leser Berichte über solche Verhandlungen trocken und langweilig erscheinen mögen, ist unvermeidlich; doch wenn wir auch die sensations-lüsternen Sucher nach politischen Redetournieren und überraschende Enthüllungen enttäuschen müssen, so sind wir dagegen imstande, unseren ersteren, auf das Wohl Saskatchewans und seiner Farmer bedachten Lesern Mitteilung von einer Reihe von Maßnahmen zu machen, die für ihr materielles Wohl und Wehe von weittragender Bedeutung sein werden.

Nur bei einem der zur Verhandlung gekommenen Gegenstände erlebten wir etwas wie eine Ueberraschung, nämlich bei der Resolution betreffend die Frachtsätze der Eisenbahnen. Wie unseren Lesern bekannt sein dürfte, hatten die konservativen Abgeordneten und die konservative Presse der Scott Regierung wieder und wieder den Vorwurf gemacht, daß sie vernachlässigt habe, bei Abschluß der Verhandlungen mit den Eisenbahn-Gesellschaften Vorschriften bezüglich der Frachtraten zu machen oder sich eine Kontrolle derselben vorzubehalten. Vor allem hatte das Leiborgan Herrn Haultain's, die „Daily Province", keine Gelegenheit vorübergehen lassen, der Regierung diese vermeintliche Unterlassungssünde unter die Nase zu reiben, und diese angebliche Vernachlässigung der Interessen des Volkes zum Anlaß der gemeinsten Schmähungen zu benutzen. Nun sind aber die betreffenden Zinsgarantien seitens der Provinz nur der Canadian Northern und der Grand Trunk Eisenbahn gewährt worden, beides Gesellschaften, welche ihre Privilegien auf Grund einer vom Dominion-Parlament gewährten Urkunde (Charter) erlangten, und welche beide daher, im Einklang mit den betreffenden Dominion Gesetz, bezüglich ihrer Frachtraten nur der Kontrolle und dem Urteil der Dominion Eisenbahn Kommission unterstehen. Daß der Westen durchaus, und die Provinz Saskatchewan im besonderen, von den drei großen transkontinentalen Bahnsystemen äußerst stiefmütterlich behandelt worden bezüglich der Bemessung der Frachtsätze, war unserer Provinz-Regierung natürlich klar und ist von ihren Vertretern bei den verschiedenen Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht worden, daß aber eine Abhülfe in dieser Beziehung außerhalb des Bereiches ihres direkten Einflusses lag, darüber sind sie sich ebenfalls längst klar gewesen. Da aber auch die Scott Regierung direkt auf die Frachtsätze einen Einfluß nicht ausüben konnte, so glaubte sie doch jetzt, da eine Sitzung der Eisenbahn-Kommission im Westen bevorsteht, auf welcher diese Frage zur Erörterung kommen dürfte, daß nun der geeignete Zeitpunkt gekommen sei, der Regierung in Ottawa und der derselben unterstehenden Eisenbahnkommission die berechtigten Ansprüche Saskatchewans auf eine angemessene Frachtermäßigung zu unterbreiten. Es wurde daher eine Resolution eingebracht, welche diesen Ansprüchen Ausdruck verlieh und welche in ihrer Einleitung deutlich und unzweideutig betonte, daß eine direkte Einwirkung auf die Frachtraten außerhalb der Jurisdiktion der Provinz-Verwaltung liege, und die Regierung daher in Bezug auf Frachtreduktionen selbst nichts habe tun können, daß aber die Zustände in Verbindung mit diesen Raten einen großen Nachteil für die Bewohner der Provinz bedeuten, und daß daher die Dominion Regierung und die Eisenbahnkommission Schritte tun sollen, die Eisenbahn-Gesellschaften zu einer gerechteren Abschätzung der Raten zu zwingen. Diese Resolution, die also die Scott Regierung von jedem Vorwurf in dieser Beziehung ausdrücklich freispricht und einen Anlaß zu einem unumwundenen Vertrauens-Votum gab, wurde von der Opposition und ihrem Führer einstimmig unterstützt, womit also all den widerlichen Angriffen der konservativen Presse in dieser Beziehung der Boden entzogen wurde.

Eine weitere Resolution, die gegen die Steuerfreiheit der C. P. R. als ungerecht protestiert und die Ottawa Regierung um Aufhebung dieser Ausnahmebestimmungen ersucht, wurde ohne Widerstand angenommen.

Ferner kam eine Resolution zur Annahme, welche die Dominion Regierung um zeitweilige Aufhebung des Zolls auf Eisenbahnschienen ersucht. Anlaß zu dieser Resolution gab der Umstand, daß die Eisenbahn-Gesellschaften gehindert sind, die von ihnen in Angriff genommenen Zweiglinien zu vollenden, da die beiden canadischen Stahlwerke, welche einzig in diesem Lande Eisenbahnschienen fabrizieren, durchaus unfähig sind, die große Zahl der ihnen übertragenen Aufträge auszuführen, und daß daher ein bedeutender Teil der benötigten Schienen noch nicht einmal hat bestellt werden können. Andererseits macht es der Zoll auf amerikanische Schienen den Eisenbahnen unmöglich, den Bau auf der Basis der in die Voranschläge einbezogenen Ziffern zu vollenden. So hat die Debatte ergeben, daß über 600 Meilen fertiggestelltes Bahnbett in dieser Provinz auf die nötigen Schienen warten, was für die Bewohner der betreffenden Distrikte eine schwere Schädigung bedeutet. Die Notwendigkeit einer Abhilfe in diesen unhaltbaren Zuständen wurde von der Opposition anerkannt, und die Annahme der Resolution erfolgte einstimmig.

Auch wurde die Dominion Regierung betreffs der Kontrolle der Schulländereien und der durch den Verkauf derselben erlösten Gelder seitens der Provinz angegangen, und eine dementsprechende Resolution durchgebracht.

An provinzialen Gesetzen, welche die Legislatur passierten, verdienen namentlich das Gesetz, durch welches ländliche Munizipalitäten ermächtigt sind, Geld zum Zweck der Verteilung von Saatgetreide zu erheben, und das Gesetz zur Regelung der Hagelversicherung seitens der Munizipalitäten besondere Erwähnung. Beide Maßregeln sind darauf gerichtet, den Farmern bezüglich ihres Ernteertrages Schutz zu gewähren, während ein Gesetz zum Schutz von Pferdezüchtern besonders auf die Einführung und Registrierung geeigneter Zuchthengste hinzielt.

Außerdem kam ein Gesetz zur Regulierung des Verkehrs und der Registrierung von Motor-Fahrzeugen zur Beratung, das jedoch wegen der technischen Einzelheiten noch nicht durch die Komite-Beratungen hinaus gediehen ist; ferner einige Veränderungs-Anträge bestehender Gesetze und eine ganze Anzahl Bestimmungen privatrechtlicher Natur, wie die Bestätigung des Vermögensstandes des katholischen Bistums Regina als eine rechtsgültige Korporation, Veränderung der Stadtbriefe für Saskatoon und Moose Jaw, die Inkorporierung einer Reihe von Garantie-Gesellschaften, Clubs u. s. w., eine Verordnung zur Regelung des Auktionär-Wesens, eine Verordnung betreffs Hökern und Hausierer, und andere mehr.

Am Montag dieser Woche stand eine Resolution des Abgeordneten G. Ens (Rosthern) zur Beratung, welche um möglichste Beschleunigung des Baues der Hudson Bay Bahn ersucht; über diese Resolution werden wir in der nächsten Nummer des näheren berichten.

Für den Rest der diesjährigen Tagung steht noch eine ganze Reihe wichtiger Vorlagen zur Verhandlung, wie die Garantie der Zinsen für weitere Zweigbahn-Obligationen, die Neueinteilung der Wahlkreise und andere einschneidende Gesetzentwürfe und Resolutionen, so daß das Arbeitsfeld der Tagung ein besonders reichhaltiges und für die Entwicklung unserer Provinz sehr bedeutendes sein dürfte.

Graf Aehrenthal gestorben.

Wien, 19. Februar. — Nach schwerem Leiden ist, wie bereits berichtet, Graf Aehrenthal, der bisherige österreichisch-ungarische Minister des Aeußern, am Samstag gestorben, und Graf Berchtold, der frühere Botschafter in St. Petersburg, wurde zum Nachfolger ernannt.

Freiherr, später Graf Lexa v. Aehrenthal war am 27. November 1854 geboren. Er entstammte einer hochangesehenen Familie des verfassungstreuen Großgrundbesitzes in Böhmen. Baron Alois Aehrenthal wandte sich, nachdem er seine Studien an den Universitäten Prag und Bonn absolviert hatte, der diplomatischen Karriere zu und wurde 1877 provisorischer Attache bei der Botschaft in Paris. Im Jahre darauf wurde er der Botschaft in St. Petersburg zugeteilt und im Jahre 1822 in das Ministerium des Aeußern einberufen. Zwei Jahre später wurde er der Botschaft in St. Petersburg als erster diplomatischer Beamter zugeteilt. Im Jahre 1889 wurde Baron Aehrenthal Legationsrakter eines außerordentlichen Gerat erster Kategorie und im Jahre 1894 erhielt er den Titel und Charakter eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers. Im darauffolgenden Jahre wurde Baron Aehrenthal außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am Bukarester Hofe. Von Bukarest aus wurde Baron Aehrenthal wieder nach St. Petersburg berufen, diesmal als Botschafter. Seit dem Jahre 1896 war Baron Aehrenthal am russischen Hofe akkreditiert. Im Jahre 1899 erfolgte die Verleihung der Würde eines geheimen Rats an den damaligen St. Petersburger Botschafter.

Am 24. Oktober 1906 wurde Freiherr von Aehrenthal zum österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern ernannt, und damit begann für ihn der letzte bedeutsame, an Ereignissen, Erfolgen und Anfeindungen reiche Abschnitt seines Wirkens und Lebens, welcher einen so tragischen Abschluß finden sollte. Man hat ihn als einen Schüler des Grafen Kalnocky bezeichnet, mit dem er das Schicksal teilte, von dem Botschaftspalais in St. Petersburg nach dem Wiener Ballplatz berufen zu werden. Wie Graf Kalnocky, hat auch Freiherr von Aehrenthal das Ministerium des Aeußern in besonders schwierigen Zeiten geleitet und manchen Tag erlebt, an dem er nicht wußte, ob nicht schon der nächste Morgen den gewaltsamen Konflikt bringen würde. Aehrenthals Politik ist dahin gegangen, den Dreibund aufrecht zu erhalten, die Mißverständnisse und Zwistigkeiten mit Italien möglichst zu ordnen, das Ansehen der österreichisch-ungarischen Monarchie im Orient zu heben und mit Rußland, nachdem der Draht zwischen Wien und St. Petersburg durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina mindestens gelockert war, von neuem zum Einvernehmen zu kommen.

Im Oktober 1908 erfolgte die Erklärung dieser Annexion. Die sich an diesen Schritt knüpfenden Ergebnisse und Erlebnisse gehören der allerneuesten Geschichte an und sind noch in Aller Gedächtnis. Wie sich auf einmal alle politischen Machenschaften und Intrigen an die Annexion hängten, Serbien durch seine aggressive Haltung den Krieg anscheinend unvermeidlich machte und schließlich Deutschland in blanker Wehr und in Wahrung der alten Nibelungen-Treue sich neben den Freund und Verbündeten stellte und die Kriegsfurie, welche loszubrechen drohte, zurückscheuchte. Damals hieß man den Freiherrn von Aehrenthal, welcher in Anerkennung seiner Verdienste vom Kaiser Franz Joseph den Grafen-Titel erhielt, den „österreichischen Bismarck".

Das letzte Jahr seiner Tätigkeit war mit viel amtlicher Bitterkeit und des Lebens Schluß mit großem körperlichen Leid ausgefüllt. Der Ausbruch des Krieges zwischen Italien und der Türkei um Tripolis brachte auch die österreichisch-ungarische Diplomatie in eine schwierige Lage. Graf Aehrenthal mußte den Vorwurf über sich ergehen lassen, sich Italien gegenüber allzu schwächlich zu zeigen. Doch ist es gerade sein Verdienst gewesen, daß der Krieg lokalisiert, fern von dem Balkan und dessen glimmenden Feuerbränden blieb. Von dem, von einer unheilbaren Krankheit befallenen Staatsmann wurde gesagt, daß er wohl das Vertrauen des ganzen friedliebenden Kaisers besitze, doch sich in Gegensatz befände mit den Ansichten der Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand. Beim Personenwechsel im Kriegsministerium und im Generalstab wurde dieser angebliche Zwiespalt zwischen dem Thronfolger und dem Minister des Aeußern als Faktor angegeben.

Es ist dem Grafen Aehrenthal nicht mehr vergönnt gewesen, auf diese Beschuldigungen, welche ihm auch eine Lockerung der Freundschaft zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland zur Last legten, zu antworten. Die Geschichte muß seine Verteidigung übernehmen. Die körperliche Auflösung konnte keine Aerzte-Kunst verhindern.

Graf Aehrenthal war seit dem Jahre 1902 mit Pauline Gräfin Szechenyi vermählt. Dieser Ehe sind 3 Kinder, ein Knabe und zwei Mädchen, das jüngste noch nicht sieben Jahre alt, entsprossen.

Kein Aufenthalt der Entwicklung des Westens.

Der Toronto „Star" brachte kürzlich einen Artikel, in welchem dieses östliche Blatt in überaus klarer Weise den Nachweis bringt, daß alle politischen Maßnahmen, welche ein Verlangsamen oder zeitweiliges Aufhalten der rapiden Entwicklung des canadischen Westens zur Folge haben könnten, auch im Interesse des Ostens dringend vermieden werden müßten, und daß alle nur sich darbietenden Mittel ergriffen werden sollten, die Entwicklung unserer Prärie-Provinzen zu unterstützen und zu fördern. Der „Star" sagt:

„Die unumstößliche Tatsache ist, daß Canada es sich nicht leisten kann, den rapiden Aufschwung des Westens zurückhalten zu lassen. Wir müssen die neuen Bahnen haben, die Entwicklung neuer Territorien, die neuen Einwanderer. Wir müssen auch die Absatzgebiete haben. Die canadischen Eisenbahnen müssen dazu beitragen, soviel sie können. Die amerikanischen Bahnen müssen soweit als dies nur irgend möglich ist, hinzugezogen werden. Die Hilfsmittel müssen unverzüglich gefunden werden, falls der Fortschritt Canadas in dem Maße der letzten zehn Jahre aufrecht erhalten werden soll.

Es ist sehr schön, über den Bau der Hudson Bay Bahn zu sprechen und über die Benutzung des Panama-Kanals. Wir haben gegen diese Hülfsmittel nichts zu erwähnen, aber sie sind für die Zukunft. Was soll dieses Jahr, nächstes Jahr, das darauf folgende Jahr geschehen? Wir können uns nicht leisten, den Fortschritt Canada's für zwei oder drei Jahre unterbrochen zu sehen. Die neue Ausrüstung (der Bahnen) muß beschafft und der Anlaß nach den Vereinigten Staaten benutzt werden.

Es ist alles ganz gut, über gemischte Landwirtschaft zu sprechen. Gemischte Wirtschaft wird mit der Zeit schon kommen. Aber es ist kostspieligeres Farmen mit langsameren Resultaten. Farmer, die diesen Betrieb aufnehmen, müssen Vieh kaufen und Ställe bauen, um es unterzubringen; statt ihr Getreide zu verkaufen und das Geld dafür im Herbst einzustreichen, müssen sie das Getreide behalten und an das Vieh verfüttern.

All unsere Einwanderungs-Literatur, unsere schönen und anziehenden Eisenbahn-Broschüren müßten zurückgezogen werden, falls wir aufhören wollten, Canada als ein großes Weizenbau-Land zu annonzieren. Wir können nicht erwarten, daß Einwanderer so zahlreich, wie sie es jetzt tun, zu uns kommen und Land aufnehmen, wenn wir ihnen sagen, daß sie eine große Summe Geldes mitbringen und intensiv farmen müssen, wie sie es in den alten Ländern tun. Gemischte Wirtschaft wird mit der Zeit kommen. Inzwischen aber kann das Land sich nicht leisten, weniger Weizen zu bauen oder neuen Boden für Weizen zu brechen. In dem Augenblick, wo wir das tun, halten wir den Fortschritt des Westens auf, und mit ihm den Wohlstand des Ostens und den Fortschritt Canada's.

Dies ist nicht eine lokale Frage. Wir hier im Osten sind so eng daran interessiert wie die Leute im Westen. Der östliche Fabrikant ist so sehr daran interessiert wie der westliche Farmer. Es geht Toronto ebenso nahe an wie Saskatoon. Wir sprechen hier von einem Größeren Toronto. Ein Größeres Toronto ist nicht möglich ohne einen Größeren Westen."

Zum Weltfrieden.

Paris, 16. Februar. — Die französische Presse verfolgt genau die zwischen Großbritannien und Deutschland im Gange befindliche „Konversation".

Die meisten Zeitungen äußern die Ansicht, daß der Besuch des Viscount Haldane in Deutschland und die in Verbindung mit diesem seitens britischer und deutscher Staatsmänner abgegebenen Erklärungen die Anbahnung eines Einverständnisses zwischen Großbritannien und Deutschland deutlich vorauserkennen ließen.

Die Lösung der zwischen den beiden Ländern bestehenden Spannung wird in Frankreich als ein Schritt in der Richtung des Weltfriedens willkommen geheißen.

Der Senat genehmigte heute Abend das Marinebudget, nachdem der Marineminister Delcasse die verschiedenen wichtigen Reformen, die in der nahen Zukunft durchgeführt werden sollen, erläutert hatte. Es würde sein Bestreben sein, erklärte er, die Zahl größerer Schiffstypen zu vermehren und die Tüchtigkeit der Mannschaften der Kriegsfahrzeuge zu erhöhen. Er sagte, er habe der Munitions-Frage besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Sechshundert Tonnen zweifelhaften Pulvers seien bereits nach der See geschafft und versenkt worden. Nur absolut verläßliche Explosivstoffe würden gehalten. Der Prozeß der Pulverfabrikation sei wesentlich verbessert worden. Er könne sagen, daß das Land jetzt für alle Eventualitäten gerüstet sei.

Herr Delcasse fügte zum Schluß hinzu, er sei überzeugt, die französische Flotte bilde jetzt eine furchtbare Macht, die darauf berechnet sei, einen möglichen Angreifer zaudern zu lassen.

Das Flottenprogramm fordert die Ausgabe von $279,600,000. Die Deputiertenkammer nahm das Budget am vergangenen Dienstag an.

Yuan Präsident.

Nanking, China, 15. Febr. — Die National-Versammlung erwählte heute Nachmittag Yuan Shi Kai einstimmig zum Präsidenten der Republik und beschloß dann, daß die provisorische Hauptstadt Nanking sein solle.

Nach Yuan Shi Kai's Inaugurierung will eine Mehrheit der Mitglieder für die zeitweilige Verlegung der Hauptstadt nach Peking eintreten, weil sich das aus Nützlichkeits-Gründen empfehle.

Dr. Sun Yat Sen's Rücktritt von der Präsidentschaft der Chinesischen Republik ist von der National-Versammlung unter der Bedingung angenommen worden, daß sowohl er wie die Mitglieder des jetzigen Kabinetts im Amt bleiben, bis der neue Präsident mit seinem Kabinett ihre Amtspflichten übernehmen.

In der National-Versammlung spielte sich eine rührende Szene ab, als Dr. Sun Yat Sen seine Resignation überreichte. Das Schreiben, in dem er sein Amt niederlegt, lautet:

„Yuan Shi Kai hat erklärt, er werde bedingungslos der nationalen Sache treu bleiben. Er dürfte sich sicherlich als ein treuer Diener des Staates erweisen. Yuan Shi Kai ist überdies ein Mann von aufbauender Fähigkeit, auf den die gesamte Nation mit der Hoffnung blickt, daß er ein festes Zusammenschließen der Interessen des Landes zuwege bringen werde. Das Glück unseres Vaterlandes hängt von Iher Wahl ab. Glückauf!"

Die National-Versammlung hat dann in folgender Resolution den abtretenden Präsidenten Dr. Sun einen hohen Tribut gezollt und erklärt: „Ein solches Beispiel der Reinheit der Ziele und der Selbstaufopferung ist ohne Gleichen in der Geschichte. Seinem Großmut und seiner Bescheidenheit allein ist es zu verdanken, daß Nord-China für die Sache der Republik gewonnen wurde."

Japanische Machenschaften?

London, 20. Februar. — Das Kabinett in Peking ist in großer Sorge über Berichte, welche ernste Aufstände aus der Umgegend von Mukden melden, wie dem „Daily Telegraph" in London am Montag gemeldet wurde. Nicht genug damit, es wird sogar gemeldet, daß die japanischen Behörden in dem Glauben, daß China ohne wirksame Regierung ist, im Geheimen Truppen in Zivilkleidern nach der Mandschurei schickt, um die Banditen zu unterstützen und Tiehling, nördlich von Mukden, zu befestigen.

An unsere werten Leser!

Wir danken allen unseren werten Lesern, die ihr Abonnement bereits erneuert haben, für die freundliche und prompte Einsendung ihrer Abonnementsgelder. Sehr viele unserer Leser sind ihren Verpflichtungen unaufgefordert und pünktlich nachgekommen, manche jedoch haben es unterlassen, ihr Abonnement zu erneuern.

Der „Courier" hat es sich zur Aufgabe gestellt, die Zeitung immer noch mehr zu verbessern und durch Anschaffung neuer Maschinen zu vergrößern. Wir möchten und müssen auch unseren Verpflichtungen und Verbindlichkeiten nachkommen und brauchen daher, wie jedes andere Geschäft, sehr notwendig Geld.

Deshalb richten wir an unsere Leser die herzliche Bitte, uns bei unserem Unternehmen freundlichst unterstützen zu wollen, indem sie uns ihre rückständigen Abonnementsgelder innerhalb der nächsten Wochen, entweder in sog. Postal Notes, Money oder Expreß Orders oder in registriertem Brief einsenden. Für jeden einzelnen Leser macht der eine Dollar nicht viel aus, für uns bedeuten viele Dollars jedoch eine große Summe.

Quittungen werden wir, um Kosten und Arbeit zu sparen, nur in Einzelfällen noch aussenden. Das Datum und die Jahreszahl auf dem gelben Zettelchen auf jeder Zeitung zeigt an, bis wann dieselbe bezahlt ist. Wenn der Zettel innerhalb zwei Wochen nach Zahlung des Betrages nicht geändert ist, so wolle man uns sofort davon zwecks Richtigstellung benachrichtigen.

Empfehlt auch den „Courier" Euren Freunden und Nachbarn, die ihn noch nicht haben, unterstützt auch unseren Redakteur durch Einsendung von guten Neuigkeiten und Nachrichten aus deutschen Kreisen.

Hoffend, für diesmal keine Fehlbitte getan zu haben, begrüßen wir alle unsere Leser aufs freundlichste und verbleiben

The Sask. Courier Publ. Co., Ltd.
per Fritz Bringmann, Manager

„Wir werden den Krieg haben!"

Im Januarheft der französischen Monatsschrift „Nouvelle Revue" ist ein Artikel „La guerre" veröffentlicht. Die Schrift ist sonst fast ausschließlich wissenschaftlichen Interessen gewidmet, ist aber nun gleichfalls vom Revanche-Koller befallen. In dem Artikel „La guerre" heißt es:

„Wir werden den Krieg haben. Nach vierzig Jahren eines bis an die Zähne bewaffneten Friedens können wir endlich diesen Satz niederschreiben, ohne daß die seriösen Leser einer französischen Revue vor Schrecken erbeben oder vor Zorn aufspringen. Es hat sich etwas geändert in unserem Lande! Ein ungeheures nationales Erwachen hat die Herzen galvanisiert. Der Streich von Agadir hat das Signal zu einer „levee en masse" des Muts gegeben, und dieser ist entschlossen, keine Erniedrigung mehr zu ertragen und sich weiter keine Brutalität gefallen zu lassen. Wie hat sich die Wiederaufrichtung des Nationalstolzes vollzogen? Niemand wird es vollständig erklären können. Es scheint, daß der Kelch sich Tropfen auf Tropfen gefüllt hat; ein leichter Anstoß brachte ihn dann plötzlich zum Ueberlaufen — den bitteren Kelch des Zorns und kaum zu unterdrückenden Schäumens. Deutschlands Vexationspolitik hat uns allmählich zu einer Gesinnung gebracht, welche sich dazu entschließt, jedes Abenteuer, welches es auch sei, der aufreizenden Passivität unserer europäischen Politik vorzuziehen.... Wenn die beiden Nationen aufeinanderprallen, wird die unsere noch intakt sein und von Vaterlandsliebe vibrieren. Die Angreiferin dagegen wird am Tage vorher oder am vorvorigen Tage vernommen haben, daß die Flotten Englands das preußische Gestade schon mit Minen bedeckt und ganz gewiß auch die Panzerschiffe und vielleicht die Trümmer der Flotte bis in die deutschen Gewässer verfolgt haben."

Zur Zeit, da Boulanger seinen Helmbusch und seine Prahlereien flattern ließ, hat Bismarck einmal im Reichstag die Aeußerung getan, „die Franzosen würde, sobald sie aus irgend einem Grunde die militärische Uebermacht über Deutschland zu haben glaubten, durch den Besitz eines neuen Gewehrs oder wegen irgendwelcher anderen Ursache, niemand vom Kriege gegen Deutschland zurückhalten können." Heute glauben die Franzosen das militärische Uebergewicht über Deutschland zu haben, und die neue Waffe ist die englische Flotte, die im vergangenen Jahre an der schottischen Küste mit herabgelassenen Torpedoröhren gegen Deutschland kampfbereit gewesen ist.

Sie wollen den Krieg. Nicht nur die Franzosen. Auch die britischen Soldaten, welche nach der kürzlichen Erklärung des englischen Generals Bethune beim Verbrüderungs-Bankett in St. Petersburg ihr Glück darin erblicken, bald Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen. Das ist mehr als ein Kollern, mehr als erhitzte Augenblicksstimmung beim Festmahl. Man kann die publizistischen und rednerischen Angriffe gegen Deutschland nicht länger als Zufälligkeiten oder Entgleisungen einschätzen. Das ist mehr als Spielen mit einer abenteuerlichen Idee und Tändeln mit einem phantastischen Wunsche. Nicht mit Einzelergüssen hat es zu tun, sondern mit „levees en masse" und mit Ueberschäumen der Stimmung der Völker.

„Wir werden den Krieg haben!" — Frankreich hat ihn schon gewollt und ihn auch gehabt....

Houston verheert.

Houston, Texas, 21. Febr. — Ein ungeheurer Brand hat die Staatshauptstadt von Texas heimgesucht. Das Feuer war heute bald nach Mitternacht in einem aus Fachwerk gebauten Hotel zum Ausbruch gekommen und verbreitete sich, von starkem Winde angefacht, schnell über die Nachbarschaft. In wenigen Stunden hatten die Flammen einen großen Stadtteil im Osten im Umfang von mindestens 25 Straßenvierteln in Asche gelegt. Erst um 7 Uhr Morgens gelang es, dem Wüten des entfesselten Elements Einhalt zu tun.

Viele Tausend Bewohner sind obdachlos. Der zerstörte Stadtteil bestand zum größten Teil aus kleineren Wohnhäusern der arbeitenden Klasse, doch sind auch eine Anzahl Geschäfts- und Fabrikanlagen in Flammen aufgegangen. Der gesamte Brandschaden wird auf fünf Millionen Dollars beziffert. Der größere Teil dieses Verlustes entfällt auf die zerstörten Fabrikanlagen.

Auch das Kirchengebäude der kath. St. Patricks Gemeinde und das dazu gehörige Schulhaus wurden eingeäschert.

Die Baumwollvorräte in den zerstörten Anlagen der verschiedenen Baumwollpreß-Firmen hatten allein einen Wert von 2 Millionen Dollars.

Die Bewohner des heimgesuchten Stadtviertels haben alle rechtzeitig vor den andringenden Flammen die Flucht ergriffen; die meisten verloren ihre ganze bewegliche Habe, viele sind vollständig mittellos. Die Stadtbehörden haben sofort eine Hilfsaktion in's Werk gesetzt und sorgen für die Verpflegung und Unterkunft der Bedrängten.

Shanghai, 15. Febr. — Umfassende festliche Veranstaltungen fanden heute in Nanking und Shanghai zu Ehren der Vereinigten Republik statt. Die chinesischen Schiffe im Hafen von Shanghai waren mit Flaggenschmuck bedeckt, während die Kriegsschiffe und das Arsenal Salute von 21 Kanonenschüssen abfeuerten.